

## Modellfall für gelungene Integration in Europa

Die geplante Erweiterung der EU betrifft die österreichischen Grenzregionen ganz besonders. Die Schengener EU-Außengrenze wird sich Richtung Osten verschieben. Das Burgenland wird von seiner Randlage mehr in das Zentrum Europas rücken. Für das östlichste Bundesland Österreichs hat sich Europa in der Praxis längst erweitert. Darin sind sich auch die Experten einig. Das Burgenland sei ein Modellfall für eine europäische Region und für eine gelungene Integration.

Heike Hausensteiner

Ein ungarischer Landwirt brachte ihn, versteckt unter dem Mistwagen, in die Nähe zur österreichischen Grenze. Zu Fuß sei es nicht mehr weit. Er solle aber nicht geradeaus gehen, denn die Grenze verlaufe schräg. Lieber solle er sich immer links halten, dann komme er hinüber nach Österreich, erklärte ihm der Bauer beim Verabschieden. In Oberpullendorf angekommen, war der erste österreichische Staatsbürger, der ihm begegnete, ein Mädchen. Einzig eine Tafel Schokolade hatte er auf der Flucht mitgenommen. Sie war der Einsatz dafür, dass ihm das Mädchen den Weg zur Gendarmerie zeigte. Heute fühlt sich Peter Stiegnitz als Österreicher und lehrt Angewandte Soziologie am Germanistikinstitut der Budapester Universität. Schwerpunkt seiner Lehrveranstaltungen ist die Europäische Union.

Ungarn ist jenes osteuropäisches Land, von dem das Burgenland nach der geplanten Erweiterung der Union um die ost- und mitteleuropäischen Staaten hauptsächlich betroffen sein wird. Die Außengrenze bildet das Burgenland fast ausschließlich mit Ungarn, dem ehemaligen Heimatstaat. Staatsgrenzen werden - politisch motiviert - willkürlich gezogen. Die Bedürfnisse der Bevölkerung werden dabei nicht berücksichtigt. So geschehen auch im Falle des Burgenlandes. Umso logischer ist die Erweiterung der Europäischen Union vor allem Richtung Osten.

### Die Rückkehr zu „normalen Zuständen“

„Das ist die Rückkehr zu früheren, zu normalen Zuständen“, sagt Erhard Busek, Beauftragter der österreichischen Bundesregierung für die EU-Erweiterung. Freilich seien in der Praxis die Grenzen der Union längst überwunden, „die Erweiterung hat schon stattgefunden“, betont Busek im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“. Schon die Ostöffnung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sei allen österreichischen Bundesländern voran für das Burgenland „ein Glücksfall“ gewe-

sen. Das habe das Burgenland auch „sehr gut genutzt“.

In der Tat: Die im Vergleich zu Österreich preiswerteren Dienstleistungen von Zahnärzten oder Friseuren im grenznahen Ödenburg/Sopron oder Steinamanger/Szombathely nehmen die Burgenländer — auch Niederösterreicher und in der Mehrzahl Wiener — mit einer Selbstverständlichkeit in Anspruch. Die Kellnerinnen oder Erntehelfer aus Ungarn sind mittlerweile ebenfalls alltäglich geworden im Burgenland. Und die grenzüberschreitenden Kontakte sind über diese mikroökonomischen Beispiele hinaus in immer mehr Fällen auch in der makroökonomischen Struktur verankert.

Um den Stacheldraht zu entfernen, war im Juni 1989 der damalige Außenminister Alois Mock eigens an die ungarische Grenze gereist und legte in einer symbolischen Geste persönlich Hand an. Seither und seit Österreichs EU-Mitgliedschaft (1995) hat das Burgenland mit dem Rückenwind der Ziel-1-Fördergelder aus Brüssel in wirtschaftlicher Hinsicht aufgeholt: Unternehmen wurden gegründet und Arbeitsplätze geschaffen. Alleine im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden rund 1,6 Milliarden Schilling (116,3 Millionen Euro) investiert. Im Rahmen des Ziel-1-Programms gab es Förderungen für 30 Projekte.

### Fall des Eisernen Vorhangs „ein Glücksfall“

Kaum eine zweite Region in Europa habe „so unter dem Eisernen Vorhang gelitten“, beschreibt Österreichs EU-Kommissar Franz Fischler die „besondere Lage“ des Burgenlandes. Umso bedeutender sei die inzwischen geschaffene grenzüberschreitende Partnerschaft. Fischler verweist etwa auf die 1998 gegründete „EuRegio West/Nyugat Pannonia“, in der das Burgenland sowie die drei westungarischen Komitate Győr-Moson-Sopron, Vas und Zala vertreten sind. Aber auch

für das „Interreg“-Programm „Österreich-Ungarn“ seien für die Jahre 2000 bis 2006 insgesamt 700 Millionen Schilling vorgesehen; zehn Millionen Schilling davon fließen in die „EuRegio“-Initiative.

Europa über die wirtschaftlichen Bestrebungen hinaus in einer Union zu vereinen ist ein Friedensprojekt. Darüber sind sich alle verantwortlichen Politiker einig. Schon der seinerzeitige burgenländische Landeshauptmannstellvertreter in der Zeit der Ersten Republik, Ludwig Leser, habe noch vor der Angliederung des Burgenlandes an Österreich „von der Europäisierung des Landes“ gesprochen, erinnert sich heute der in Neufeld an der Leitha beheimatete Alt-Bundeskanzler Fred Sinowatz gegenüber der „Wiener Zeitung“ in einem seiner seltenen Interviews.

Bis vor dem Ersten Weltkrieg hätte niemand gedacht, dass die Situation des Burgenlandes einmal anders werde. Die Bevölkerung war deutschsprachig, habe sich aber als Ungarn gefühlt. Und Ödenburg sei „zweifellos“ die Hauptstadt gewesen. „Wenn Sie heute Schüler befragen, wird niemand mehr wissen, dass Ödenburg die damalige Hauptstadt war“, so Sinowatz.

### **Besondere Lage**

Als Historiker meint der ehemalige burgenländische Landesrat, dann Unterrichtsminister und Bundeskanzler: „Das beste Beispiel“ für die Erweiterung Europas habe Österreich selbst gegeben, „indem es 1921 das Burgenland zu einem eigenen Bundesland machte, nachdem zwei Jahre lang Bürgerkrieg herrschte“. Das östlichste Bundesland sei „für österreichische Verhältnisse ein exotisches Land“; Sinowatz verweist auf die ethnischen und religiösen Minderheiten (Ungarn, Kroaten und Roma, Protestanten und Juden). Und stellt fest: Die Integration des Bundeslandes sei gelungen, „die Integration des Burgenlandes ist unbestritten“.

### **Bestes Beispiel eines „exotischen“ Landes**

Die Erweiterung Europas habe „sicherlich“ bereits begonnen, meint auch der Ex-Kanzler. „Mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs und der Zunahme des Grenzverkehrs ist das Zusammenwachsen der alten Region, so wie sie früher gewesen ist, weit fortgeschritten.“ Daher gebe es im Burgenland auch „weniger Widerstand als sonst wo“ gegen die EU-Osterweiterung — was für Sinowatz „bemerkenswert“ ist. Zumal das Burgenland vor 80 Jahren im Widerstand gegen Ungarn und die drohende Magyarisierung gegründet worden sei. Ganz Politiker hält er aber die vereinbarten Schutzfristen am Arbeitsmarkt für sinnvoll. Andererseits: Mit einer großen Arbeitsmigration sei

nicht zu rechnen, „die Ungarn wollen zu Hause bleiben“. Doch der ehemalige Bundeskanzler verweist auf die unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die erst angeglichen werden müssten.

### **Weg von Magyarisierung, für Ungarn als EU-Land**

Die geplante Übergangsfrist am Arbeitsmarkt sei „wie Antisemitismus ohne Juden“, zieht der Soziologe Peter Stiegnitz einen drastischen Vergleich heran. Die Schutzfrist sei unnötig und innenpolitisch motiviert; „das wird höchsten Wählerstimmen im Westen bringen“, glaubt Stiegnitz. Die von einer vergleichsweise höheren Arbeitslosigkeit betroffenen Ost-Ungarn seien nicht bereit, am bedeutend günstigeren Arbeitsmarkt in Westungarn einen Job anzunehmen; schon gar nicht würden sie ins Ausland wandern wollen. Mit einer Migrationswelle sei daher nicht zu rechnen. Das prognostizieren auch die renommierten Wirtschaftsforschungsinstitute. Eine andere Frage ist der Pendler- und damit einhergehende Verkehrsstrom. Seriöse Prognosen kann hier niemand abgeben. Klar ist nur: Die Frage muss politisch gelöst werden.

### **Vorteil der Gemeinschaft**

Wiederholt vorgebrachte Forderungen von Arbeiterkammer und Gewerkschaft in Österreich, wonach erst 80 Prozent des westlichen Lohnniveaus erreicht werden müssten, bevor ein Reformstaat überhaupt in die EU aufgenommen werden könne, weisen Experten als absurd zurück. „Da müsste man ja auch das Burgenland und das Wald- und Mühlviertel abtreten“, bringt es Erweiterungsbeauftragter Busek auf den Punkt. Dann müssten auch Griechenland und Portugal aus der EU ausscheiden.

Selbst innerhalb der Union, die sich in einigen Jahren zum weltweit größten Wirtschaftsraum entwickelt haben soll, gibt es große wirtschaftliche und soziale Unterschiede. Während das Burgenland die ärmste Region Österreichs ist, liegen laut Angaben von EU-Regionalkommissar Michel Barnier die Wachstums- und Beschäftigungsrate beispielsweise in Venetien deutlich über dem EU-Schnitt. Die an Estland angrenzenden finnischen Regionen wiederum erreichen 141 Prozent über dem EU-Mittel. Andererseits weisen Regionen wie Preßburg oder Prag gemessen an der Kaufkraft, also bereinigt um Währungsdifferenzen, ein höheres Einkommen aus als der Durchschnitt der EU-Länder. Das geht aus einer aktuellen Studie der Bank Austria hervor. Im Burgenland, in der Steiermark, in Niederösterreich und Kärnten liegt demnach die Kaufkraft im Schnitt unter den Wer-

ten von Prag und Preßburg. In einer Gemeinschaft hilft einer dem anderen. Die — von allen Mitgliedsländern eingebrachten — Fördergelder aus Brüssel beweisen es. Sie sollen regionale Unterschiede wirtschaftlicher und sozialer Natur ausgleichen helfen. Die EU-Kandidatenländer, so Politiker, seien keine „Bittsteller“.

Und auch die Landwirte versucht Agrarkommissar Fischler zu beruhigen. Zwar müsse man ihre Sorgen ernst nehmen. Aber es sei „sehr unwahrscheinlich“, dass das Burgenland oder Österreich nach der EU-Erweiterung mit Produkten „überschwemmt“ werden. Zum einen müssten die landwirtschaftlichen Produkte europäischen Standards entsprechen, zum anderen sei die Produktion durch Quoten definiert.

### **Burgenland wird nicht „überschwemmt“**

Dass es in Österreich und speziell im Burgenland „gewisse Sorgen“ gibt, versteht Alt-Bundeskanzler Sinowatz durchaus. Die Angst vor der EU-Erweiterung werde auch „von bestimmter Seite gepflegt und provoziert“. Viele Menschen hätten „schon Angst, wenn sich etwas überhaupt ändert“. Einer möglichen Volksbefragung zur Aufnahme neuer EU-Länder, wie das die FPÖ auf Landes- und vor allem auf Bundesebene fordert, sieht Sinowatz gelassen entgegen: „Da weiß man ja nie, ob das fachlich politisch motiviert ist oder ob populistisch propagandistische Zwecke ins Auge gefasst sind.“ Die FPÖ „setzt hier auf den falschen Dampfer“, meint Er-

hard Busek. Die Bevölkerung habe die Grenzen im Kopf schon überwunden.

„Die beste Information kann Skrupel nicht beseitigen“, meint Fred Sinowatz in Bezug auf die Einführung des Euro. Zumal gerade das Burgenland schon mehrere Währungen miterlebt hat. Immerhin sei der Schilling „ein Symbol des wirtschaftlichen Aufstiegs in Österreich“ gewesen. Er ist aber überzeugt, die Bedenken werden wenige Monate nach Beginn des Bargeld-Umlaufes wieder ausgeräumt sein. Im Übrigen wird Sinowatz selbst kein Euro-Starterpaket erwerben. Er wartet lieber auf das Wechselgeld, das er dann in Euro bekommt.

### **Gewicht der Regionen**

Innerhalb der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts werde Europa zusammenwachsen. „Das kann nicht von heute auf morgen gehen“, betont Sinowatz. „Wir müssen Geduld haben.“ Die Vereinigung Europas sei als Prozess aufzufassen, „den man nicht vom grünen Tisch her bewältigen kann“. Mit Schwierigkeiten sei zu rechnen. Aber: „Was gelingen muss, ist, dass man die ökonomische und politische Einheit Europas gestaltet auf der Grundlage der vielfältigen regionalen und nationalen Eigenheiten.“ Die verschiedenen Regionen machten „das geistige Erbe Europas“ aus. „Da kann man nicht drüberfahren.“ Und: „Das hat es in der Welt bisher noch nicht gegeben.“

*„Wiener Zeitung“, 17. September 2001*